

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.

Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
Kosten die einspaltige Kolonelle
ober deren Raum 20 Bfg.
Reklamen 60 Bfg.

Bezugspreis
monatlich 90 Bfg., mit Bringer-
lohn 95 Bfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wibb. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 88

Donnerstag, den 31. Juli 1919.

27. Jahrgang

Die Beweisführung Erzbergers gescheitert.

Der Vatikan gegen Erzberger.

mz. Rom, 30. Juli. (Havas.) Bezüglich der Veröffentlichung von Dokumenten durch Deutschland wurde dem vatikanischen Korrespondenten der Agentur Havas erklärt, daß der Sachverhalt von Deutschland ungenau dargestellt und falsch interpretiert worden sei. Es handle sich lediglich um von Frankreich und England ausgehende Friedensvorschläge. Bei der kurz gehaltenen Mitteilung der Mitteilung des englischen Gesandten an den Kardinal Gasparri habe es sich vielmehr um das Gegenstück gehandelt. Sie habe die Gründe aufgezählt, die einen Frieden unmöglich machten, insbesondere jene, die Belgien betrafen. Der Heilige Stuhl habe eine Kopie mit dem Begleitschreiben an den König (I) übermittelt. Das sei alles gewesen. Die Dokumente würden veröffentlicht werden. Es wäre dies jedenfalls schon geschehen, wenn nicht der „Osservatore Romano“ infolge des Streits der Nachrichten am Erscheinen verhindert gewesen wäre.

Durch diese Erklärung des Vatikans fällt die ganze Beweisführung Erzbergers in sich zusammen. Herr Erzberger hat sich entweder selbst getäuscht oder er hat die Öffentlichkeit zu täuschen versucht, um seine Person zu retten. In beiden Fällen trifft Erzberger die Schuld, aus persönlichem Interesse eine furchtbare Erregung in das deutsche Volk getragen zu haben. Es ist ganz unmöglich, daß ein Mann länger der Regierung angehören kann. Es ist Zeit, daß ein Mensch, der mit solcher Frivolität seine persönlichen Interessen in den Vordergrund schiebt, schleunigst aus dem politischen Leben verschwindet.

Eine Erklärung Kühlmanns.

mz. Wie aus München berichtet wird, ist der frühere Staatssekretär des Äußern v. Kühlmann mit der Abweisung der Aufzeichnungen über seine Tätigkeit als Staatssekretär des Äußern beschäftigt. Die Aufzeichnungen würden noch in diesem Jahre im Druck erscheinen. Kühlmann habe aber schon jetzt erklärt, daß ein bestimmtes englisches und französisches Friedensangebot niemals der Reichsregierung vorgelegen habe.

Nach Zeitungsmeldungen wird der Vatikan die diplomatischen Dokumente aus dem Herbst 1917 veröffentlichen.

mz. Bern, 30. Juli. Die „Basler Nachrichten“ weisen auf die Folge, die der politische Kurs Lloyd Georges hatte, da er der einzige Mann sei, der die Schwierigkeiten in der Entente und in England überwinden und damit die Welt vor dem Bolschewismus retten könne. Aber daran denken die Kaiser und Denter in Rom nicht. Sie wollen nur in ihrem Streik um die Vergangenheit Recht behalten. Das Blatt sieht übrigens die Beweisführung Erzbergers als gescheitert an und erklärt, daß die englische Note nicht, wie der damalige Optimismus darstellte, ein englischer Friedensfühler, sondern eine knappe und nicht höflich zu nennende Antwort auf die päpstliche Friedensnote war und einzig und allein Zweck hatte, Deutschland als Störenfried festzunageln.

Un das Massauische Volk.

Anlässlich seines Amtsantritts hat der Oberpräsident der Provinz Hessen Nassau, Dr. Schwander, eine Rundschreiben erlassen, in der es heißt:

Die Zeit, da ich mein Amt anrete, stellt an uns alle Deutschen die außerordentlichsten Anforderungen. Das Volksleben liegt schwer darnieder, erschöpft durch den Krieg, bedroht durch einen ungeheuerlichen Frieden, lebend in inneren Wirren und unverkennbar gefährdet im Innersten seines geistigen Daseins.

Dieses letztere vor allem ruft unsere Sorge wach. Das Bemühen, unser Volk zu verderben, wird vergebens sein, solange wir nicht uns selbst verlieren. Das hat

sich in Zeiten bewiesen, die vielleicht noch schwerer waren, als die jetzigen sind. Die leiblichen und geistigen Kräfte Deutschlands, denen das Ausland noch nie seine Achtung versagen konnte, werden, wenn sie geschlossen und einig zusammenwirken, die ungeheure Bedrohung der Gegenwart überwinden und in ihrer Unzerstörbarkeit sich darthun, allen zum Trost.

Aber schwere und opfervolle Arbeit tut dazu not. So sage ich denn den Bewohnern dieses schönen Landes, deren Wohl fortan das Ziel meiner Tätigkeit sein wird, zur Begründung dieses eine: Haltet fest am Glauben an unsere deutsche Zukunft. Gehe jeder mit ungebeugtem Mut und verdoppelter Kraft seiner Arbeit nach. Nur so kann unser Volk wieder das Vertrauen zu sich selber fassen. Nur durch äußerste Pflächterfüllung eines jeden werden wir stolz und tapfer, würdig des alten deutschen Namens, der Bestimmung dienen, die uns und unseren Kräften im Weltgange bezieht.

Wie ich mit allen Kräften bemüht sein werde, durch eine verständnisvolle, dem neuen Geist entsprechende Verwaltung den Wiederaufbau zu fördern, so vertraue ich auf den Gemeininn und die ernste Mitarbeit und Unterstützung eines jeden Volksgenossen in seinem Kreise.

Zur Friedensfrage.

Der Wiederaufbau.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in der Montags-Ausgabe: Seit Wochen werden zwischen den zuständigen Stellen der Regierung und den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber Verhandlungen darüber gepflogen, in welcher Weise der von der Entente im Friedensvertrag geforderte Wiederaufbau bewerkstelligt werden kann. Abgesehen von den Fragen der Unterstufung, der Beilegung des deutschen Unternehmertums und der Beaufsichtigung der Arbeiter durch Franzosen oder Deutsche spielen auch komplizierte Rechtsfragen eine Rolle, z. B. die zivilstrafrechtliche Jurisdiktion über die Arbeiter und das weitere Verbleiben der deutschen auf fremden Territorien befindlichen Arbeiter unter der deutschen sozialen Gesetzgebung. Eine Kommission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, begab sich nach Versailles, um mit der französischen Regierung in eine Besprechung der Einzelheiten bezüglich der Regelung der streitigen Fragen einzutreten. Bevor die Grundlinien nicht endgültig festgelegt sind, kann den Arbeitern, die nach Frankreich zu gehen wünschen, über die Bedingungen, Lohn- und Unterstufungsverhältnisse, keine Auskunft erteilt werden, da diese Bedingungen tatsächlich noch nicht vorliegen.

Die Kriegsgefangenen.

Das Zentralkomitee deutscher Vereine vom Roten Kreuz bittet um Veröffentlichung folgender Mitteilung: Naturgemäß werden nach oft jahrelanger harter Trennung die Angehörigen von Kriegsgefangenen den Wunsch haben, diese bereits in den Durchgangslagern willkommen zu heißen. Im Interesse des Einzelnen sowohl wie der Allgemeinheit ist es dringend erforderlich, von einer derartigen Reise in das Durchgangslager abzusehen. Die Kriegsgefangenen werden sich nur wenige Tage in den Durchgangslagern aufhalten, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Verwandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen sich der Kriegsgefangene schon auf dem Wege nach seinem Heimatort befinden wird. Die Tage im Durchgangslager werden voll auf damit ausgefüllt sein, die ordnungsmäßige Entlassung der Kriegsgefangenen durchzuführen. Auch im Interesse der Allgemeinheit muß an die Einsicht der Bevölkerung appelliert werden, daß zur Verhinderung der Einschleppung ansteckender Krankheiten für die Heimkehrer eine kurze Absonderung erforderlich ist.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— * Zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten finden Besprechungen statt, die darauf abzielen, eine Einigung über gewisse Änderungen des Artikels 18 herbeizuführen. Die Verhandlungen gestalten sich einigermaßen schwierig, da sich lebhaftest Widerstände gegen eine Erleichterung in der Bildung neuer Staaten geltend machen. Der Widerstand richtet sich vor allem gegen eine Herabsetzung der Sperrfrist. Die Beratung über den Artikel 18 wird wieder hinausgeschoben werden.

oen — Zum Artikel 41 der Reichsverfassung, welcher die Wahl des Reichspräsidenten behandelt, haben die Sozialdemokraten den Antrag eingebracht, daß der Reichspräsident nicht vom Volke, sondern vom Reichstag und vom Reichsrat gewählt werden soll.

— * Zu dem am 1. August in Kraft tretenden Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold macht das Reichsfinanzministerium ergänzend bekannt: Das Aufgeld beträgt vom 1. bis zum 9. August einschließlich 240 v. H.

Allerlei Nachrichten.

Virkenfeld.

Auf das Telegramm des Landesvorstandes vom 24. Juli an die alte oldenburgische Regierung hat diese geantwortet, daß das Staatsministerium im Prinzip mit der sofortigen Loslösung Virkenfelds auf Wahrung der verfassungsmäßigen Bestimmungen einverstanden sei.

Die Telegraphen-Arbeiter.

Der Streit der Telegraphenarbeiter in Groß-Berlin ist endlich beigelegt. Die Arbeiter haben eine Gewähr dafür gegeben, daß sie sich in Zukunft an parteipolitischen Streiks und Kundgebungen während der vorchriftsmäßigen Dienstzeit nicht beteiligen und sich bezüglich anderer Fragen einem zu fallenden Schiedsgericht des Reichsarbeitsamts unterwerfen werden. In einer Versammlung gab der Sekretär B. A. L. in vom Bund der Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Landarbeiter folgende Erklärung ab: Namens der Arbeiterschaft sage ich den Herren von der Verwaltung, insbesondere dem Oberpostdirektor unseren Dank, daß es möglich war, eine Uebereinkunft zu finden, die geeignet erscheint, nach Zustimmung des Ministers wieder den Frieden herzustellen und beiden Teilen zu dienen. Die Arbeiterschaft wird, wenn diese Streitfrage überbrückt ist, auch ihrerseits die Lehre daraus ziehen, daß es nicht immer möglich ist, wie sie es sich denkt, zu handeln, sondern daß sie verpflichtet ist, sich den Anweisungen ihrer Führer und ihrer vorgesetzten Behörden zu fügen.

Unsere Kriegsverluste.

Die Verluste der deutschen Gesamtbevölkerung, die der Krieg hervorgerufen hat, berechnet Dr. Fritz Burgdörfer in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ auf Grund der Statistik über die Bevölkerungsentwicklung in Bayern während des Krieges und infolge des Krieges, die jetzt vorliegt. Danach läßt sich feststellen, daß sich für Bayern ein Gesamtbevölkerungsverlust von rund 550 000 Seelen als unmittelbare Folge des Krieges ergibt. Eine Reichsstatistik über die Bevölkerungsentwicklung liegt noch nicht vor. Doch kann man aus den amtlichen bayerischen Ergebnissen ziemlich genau Schlüsse auf ganz Deutschland ziehen. Da der bayerische Anteil an der gesamten Bevölkerung Deutschlands etwa 10 Prozent beträgt, so muß man die bayerischen Zahlen verzehnfachen. Danach würden im Reich infolge des Krieges über 800 000 Leben nicht geschlossen worden sein; über 4 Millionen Kinder wären ungeboren geblieben; über 1,6 Millionen Personen sind gestorben. Die Zahl der Zivilpersonen, die infolge der Hungerblockade gestorben sind, beläuft sich darnach auf 700 000 Seelen. Wenn diese Zahl von reichsamtlicher Seite auf 800 000 angegeben wird, so läßt sich das sehr wohl aus den Ernährungsverhältnissen erklären, die ja im übrigen Reich vielfach sehr viel schlechter sind als in Bayern. Der ausgebliebene Geburtenüberschuß muß für das Reich auf mindestens 4 Millionen, der statt dessen eingetretene Ueberschuß an Sterbefällen auf über 800 000 und der noch als unmittelbare Kriegsfolge im Jahre 1919 zu erwartende Geburtenausfall auf 700 000 Personen veranschlagt werden. Es ergibt sich also für Deutschland als Folge des Krieges ein Gesamtverlust von 5½—6 Millionen.

Die Kohlenversorgung.

Wie die „Politischen Nachrichten“ aus Weimar berichten, fand eine wichtige Kabinetsitzung statt, die sich mit den Maßnahmen über die Kohlenversorgung beschäftigte.

Das bolschewistische Ungarn.

Infolge der Niederlage der Roten Armee ist die Stellung der ungarischen Regierung sehr erschüttert. Ein ungarischer Volkskommissar erschien bei den Wiener Verhandlungen und machte den Vorschlag, man möge Verhandlungen einleiten, die den friedlichen Rückzug der Roten Armee und die Einsetzung eines neuen Re-

...in Ungarn zum Zwecke hatten. Dieser Vor-
schlag wurde von Oberst Cunningham nach Paris wei-
tergeleitet.

Die Regerkämpfe in Washington.

Ueber die Regerkämpfe in Washington wird der
„Times“ gemeldet, daß unter den Regern zahlreiche
politische Elemente Propaganda trieben.
Sie haben bereits den Erfolg gehabt, daß eine baldige
Beilegung der Unruhen nicht zu erwarten ist. Die Re-
ger kommen jetzt mit politischen Forderungen, die von
politischen und sozialen Rechten aller Klassen sprechen
und im ganzen Lande den Beifall der schwarzen Be-
völkerung finden.

Kleine Meldungen.

Berlin. Die „Sta“ hört, daß der Polizeipräsident
von Köln, Herr v. Glafsenapp, seinen Ab-
schied eingereicht habe. Sein Nachfolger wird der so-
zialdemokratische Parteisekretär und Abgeordnete der
preussischen Landesversammlung Paul Runge.

Berlin. Ueber Zürich wird aus Rom gemeldet:
Sonniino ist amts müde. Er wird bei den
nächsten Wahlen nicht mehr als Kandidat fungieren und
gedenkt sich überhaupt von jeder politischen Tätigkeit zu-
rückziehen.

Berlin. Das „Achtstundentagblatt“ meldet aus
Bukarest: Das Rumänische Pressebureau meldet aus
Sofia, daß Bulgarien vor schweren Un-
ruhen stehe. In den letzten Tagen fanden in allen
größeren Städten blutige Demonstrationen statt, in
deren Verlauf immer wieder die Ausrufung der Re-
publik gefordert wurde.

Wien. Anlässlich der Ueberrahme der Leitung
der auswärtigen Angelegenheiten richtete der Staats-
kanzler Renner an den deutschen Staatssekretär des
Auswärtigen, Müller, ein Telegramm.

Bern. „Petit Parisien“ meldet aus zuverlässiger
Quelle, daß König Peter von Serbien seine Ab-
dankung eingereicht habe.

Paris. Nach der „Chicago Tribune“ soll
Frankreich Amerika die gesamten Vorräte an Kriegs-
gerät, Transportmaterial und Lebens-
mitteln, die sich in Frankreich befinden, für fünf
Milliarden abgekauft haben.

Amsterdam. Dem „Telegraaf“ zufolge melden
die „Times“ aus Lima, ein japanisches Syn-
dikat habe in Peru ungefähr 800 000 Hektar Land
gekauft. Ueber den Ankauf weiterer 300 000 Hektar
werde verhandelt. Dies werde wahrscheinlich der Be-
ginn einer großzügigen japanischen Kolonisation in
Peru sein.

Athen. Nach dem „Eleutherios Typhos“ hat Ge-
neral Allenby die diplomatischen Vertreter in
Kairo davon in Kenntnis gesetzt, daß Großbritannien
die Insel Cypern wieder an Griechenland
zurückgeben werde.

Die große Umsatzsteuer.

Der Nationalversammlung geht gleichzeitig mit dem
Entwurf über das Reichsnotopfer der Entwurf eines
Umsatzsteuergesetzes zu, das am 1. Januar
1920 in Kraft treten und gleichzeitig das Umsatzsteuer-
gesetz vom 26. Juli 1918 außer Wirksamkeit setzen soll.
Die Umsatzsteuer ist wie mit aller Deutlichkeit ausge-
sprochen werden muß, eine Verbrauchssteuer größten
Stils, die freilich eine Verteilung der auf den einzel-
nen entfallenden Steuerlast in unzählige Kleinsteile be-
wirkt, so daß die Steuer im allgemeinen dem Steuer-
träger kaum fühlbar werden wird. Aber wenn auch die

Betragung für den einzelnen Verbraucher in Er-
scheinung treten würde, so muß es doch jedem der mit
vollem Ernst die finanzielle Lage des Reiches betrach-
tet, klar sein, daß es schlechterdings unmöglich ist, den
Finanzbedarf des Reiches lediglich durch Belastungen
von Vermögen und Einkommen aufzubringen. Die
direkte Besteuerung wird durch die vorliegenden bezüg-
lichen Steuergesetzentwürfe bis auf das höchst-
mögliche Maß gesteigert, gleichwohl würde ein Milliar-
denbesitz im Reichshaushalt verbleiben, wenn nicht
auch der Verbraucher mit zur Deckung der Ausgaben
des Reiches herangezogen würde. Die gleichmäßige Be-
lastung aller Bedürfnisse mit einer auf den Verbraucher
abgewälzten Steuer erfordert einen Ausgleich, der die
Leistung und Steuerfähigkeit des einzelnen berücksich-
tigt. Diesem Gedanken ist auch in der vorgeschlagenen
Besteuerung des Umsatzes Rechnung getragen. Ein An-
satz dazu ist bereits in dem bestehenden Umsatzsteu-
gesetz in seinem Abschnitte über Zuzugsbesteuerung vor-
handen. Der vorliegende Entwurf verknüpft nun in
weitestem Umfange die Forderung, daß nicht nur aus-
gesprochener Luxus, sondern jeder entbehrliche Verbrauch
vorbelastet werden soll.

Der Entwurf versucht fünf Aufgaben zu lösen:
1. Die notwendige Umarbeitung der Vorschriften des
alten Umsatzsteuergesetzes; 2. die Ausgestaltung der
allgemeinen Umfänge durch Erhöhung des Steuerfußes
bei dem Umsatz, mit dem der Gegenstand aus dem
Zirkulationsprozeß verschwindet; 3. die Verlegung
der bisherigen Zuzugssteuer in den Umsatz vom Her-
steller an dessen Abnehmer, gleichviel ob dieser ein
Wiederverkäufer oder ein letzter Verbraucher ist, und
der Ausbau der Zuzugssteuer zu einem „inneren Voll-
tarif“ für alle Gegenstände, die über die notwendigen
Bedürfnisse hinausgehen; 4. die Zusammenfassung
der Zuzugsgegenstände, für die die Erhebung in der
zu 3) angegebenen Form sich nicht empfiehlt, zu einer
Kleinhandelssteuer in der Art der bisherigen Zuzugs-
steuer; 5. die Vorbelastung gewisser Leistungen, die
nicht Lieferungen sind, aber ihrer Art nach eine höhere
Belastung als 1 v. H. vertragen.

Eine Schätzung des Ertrags der neuen
Umsatzsteuer ist mit einiger Sicherheit kaum zu geben.
Es kann nur für einen Beharrungszustand versucht wer-
den, den das deutsche Wirtschaftsleben hoffentlich in
einer Zeit erreichen wird, nicht aber für die unklaren
und unsicheren Verhältnisse der Gegenwart. Dies vor-
ausgeschickt, geht die Ertragschätzung auf etwa vier-
einhalb Milliarden Mark und, wenn man ein Zehntel
wegen der Gebietsabtretungen absetzt, auf vier Mil-
liarden Mark.

Erzbergers Enthüllungen.

Kühlmann enthüllt nicht.

Auf eine Anfrage bei Herrn v. Kühlmann.
ob er zu den Enthüllungen des Generals von Luben-
dorff seine persönliche Stellung nehmen wolle, antwortet
er gegenüber einem Vertreter der „W. Z.“ mit folgender
Erklärung: Das verantwortliche Reichsamt ist in meiner
Anschauung nach zuständig, um darüber zu befinden, was
über wichtige diplomatische Vorgänge in der nächsten
Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich halte
mich zu Publikationen über vertrauliche Vorgänge wäh-
rend meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des Ministe-
riums nicht für befugt. Ich möchte auch deren Nutzen
für unsere Gesamtpolitik bezweifeln. Eine wirksame
Äußerung wird wohl nur möglich sein durch ein Ver-
fahren, wie das vor dem Staatsgerichtshof geplante,
bei welchem an Hand des gesamten Aktenmaterials über
die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang ge-
prüft werden könne.

gung und fuhr davon. Im letzten Moment wandte
sich die junge Dame zur Seite und sah nun in Graf
Henning's Gesicht. Ihre Augen sahen groß und leuch-
teten in die seinen, und ein feines Rot stieg in das
liebliche Gesicht. Es war, als freute sie sein Anblick.
Unwillkürlich machte sie eine Bewegung, als wollte
sie dem Kutscher zurufen, er möge halten, dann aber
sank sie in die Kissen zurück, als habe sie sich anders
besonnen.

Graf Henning sah dem davontrollenden Wagen
unschlüssig nach. Dann trat er zu dem Lakaien her-
an, der gleichfalls dem Wagen noch einigermaßen ver-
dutzt nachblickte.

„Wer war die Dame?“ fragte Graf Henning.

Der Lakai stand stramm.

„Ich weiß es nicht, Euer Gnaden.“

„Was war ihr Begeh?“

„Sie hat, Seiner Erzcellenz dem Herrn Minister
in dringender Angelegenheit gemeldet zu werden und
zeigte mir ein Konsulatschreiben. Sie wollte mir
auch soeben ihre Visitenkarte reichen. Da meldete ich
ihr, daß Seine Erzcellenz der Herr Minister verstorben
sei und heute beerdigt würde. Sie erschrak sehr und
steckte nun schnell ihre Karte und das Konsulatschreiben
wieder in ihr Handtäschchen. Sie meinte, es habe
nun keinen Zweck mehr und gebot dem Kutscher, weiter
zu fahren.“

Graf Henning dankte für die Auskunft und ging
nachdenklich in das Jungfernschloßchen hinein.

Als er zu Josta und ihren Gatten ins Zimmer
trat, erzählte er noch ganz benommen von dem seltsa-
men Besuch. Josta maß der Angelegenheit, von
ihrer Trauer in Anspruch genommen, nicht viel Be-
deutung bei. Aber Graf Rainer stutzte einen Augenblick.
„War die junge Dame Josta wirklich so sehr ähn-
lich, Henning?“

„Unbedingt. Frage doch den Lakaien, Rainer, der
sie abfertigte. Er wird es dir bestätigen.“

Graf Rainer machte ein nachdenkliches Gesicht und
ließ den Lakaien rufen. Dieser erschien sofort.

„Sie haben soeben eine junge Dame abgefertigt,
die in einer Mietsdroshke vorfuhr?“

„Sehr wohl, Euer Gnaden.“

Die Geheimdiplomatie Michaelis.

Zu der Mitteilung, daß der ehemalige Reichskanz-
ler Michaelis auch dem Vizekanzler v. Pappe
das Friedensangebot der Entente verheimlicht habe,
schreibt der „Vorwärts“: Durch diese Mitteilung wird
das vernichtende Urteil über die Geheimdiplomatie Mi-
chaelis bekräftigt. Dieser Mann unterstand sich, den wich-
tigsten Schritt in der diplomatischen Kriegsgeschichte voll-
ständig auf eigene Faust, nur im Einvernehmen mit
einer kleinen hinter ihm stehenden Clique von Kriegs-
treibern zu tun. Hier liegt das eigentlich Verbrechen
des Michaelis'schen Handelns. Er war v. Pappe und
dem Siebener-Ausschuß gegenüber zu genauerster Infor-
mation verpflichtet. Statt dessen verheimlichte er ihnen
die wichtigsten Tatsachen und belog und betrog auf diese
Weise das Parlament und Volk. Wegen dieser Hand-
lungsweise gehört er unbedingt vor den Staatsge-
richtshof.

Ribot zu Erzbergers Enthüllungen.

Ribot erklärte einem Vertreter des „Temps“:
Es ist richtig, daß die französische und die eng-
lische Regierung sich dahin einigen, auf die
päpstliche Note nicht zu antworten, bevor Deutsch-
land habe wissen lassen, welche Entschärfungen und
Garantien es zu bewilligen bereit sei. Der englische
Gesandte beim Heiligen Stuhl wurde ersucht, diese Ge-
legenheit zu ergreifen, um dem Kardinal Gasparri
auseinanderzusetzen, daß kein ernstlicher Schritt unter-
nommen werden könne, solange die Mächte nicht
ihre Absichten, namentlich hinsichtlich Belgiens, zu er-
kennen gegeben hätten. Als die französische Regierung
die dem englischen Gesandten erteilten Instruktionen er-
fuhr, brüskte sie den Wunsch aus, daß dieser Diplomat
ebenfalls beauftragt werde, Frankreich durch eine
Verbalsnote in die Antwort der englischen Regierung
einzuflechten. Der englische Gesandte übernahm den
Auftrag, dem Kardinal Gasparri im Verlaufe dieser Un-
terredung, die nur als rein offiziös angesehen werden
konnte, eine Note zu hinterlassen. Kardinal Gasparri
fühlte sich berechtigt, dem Kuntius in München diese
Depesche zu übermitteln, die soeben veröffentlicht wurde.
Nach den von der französischen, wie von der englischen
Regierung ausgesprochenen Ansichten konnte es ge-
fährlich sein, sich in eine etwas verfrühte Diskussion einzu-
lassen. Deshalb gab die englische Regierung ihrem Ge-
sandten beim Hl. Stuhl entsprechende Instruktionen.
Darauf allein ist die Antwort zurückzuführen. Was man
besonders hervorheben muß ist, daß Deutschland, vom
Vatikan ersucht, sich ohne Hinterhalt über seine Absichten
bezüglich Belgiens auszusprechen, sich weigerte dies zu
tun. Es ist ganz klar, daß im August und September
1917 Deutschland keineswegs bereit war, uns Glat-
teit zu bringen und Belgien in seiner voll-
ständigen Unabhängigkeit wieder herzustellen.

Eine Erklärung Baccellis.

Von dem apostolischen Nuntius Erzbischof Ba-
cellini geht dem Welschen Bureau aus Vortischach fol-
gende Mitteilung zu:

In den Enthüllungen des ehemaligen Reichskanz-
lers Michaelis in der „Täglichen Rundschau“ lie-
gen, schon beim Empfang des Schreibens des Nun-
tius habe ich herausgestellt, daß Erzberger von dem
Brief gerührt habe. Der Nuntius muß erklären, daß
Erzberger von ihm über den Inhalt des
Briefes keineswegs unterrichtet war.

Lubendorff.

Auf die Ausführungen des Reichsministers
des Auswärtigen in der Nationalversammlung
erwidert General Lubendorff der „Berliner Zei-
tung“ folgende Erklärung:

1. Der Beschluß zum U-Bootkrieg wurde
nicht am 18. Januar, sondern am 9. Januar 1917.

Note Rojen.

Roman von H. Courths-Mahler.

84) Nachdruck verboten.

Das Jungfernschloßchen glück in diesen Tagen einem
Taubenschlag. Ununterbrochen fuhren Wagen vor und
brachten schwarzgekleidete Menschen, die Josta und
Rainer ihre Teilnahme versichern wollten. Und aus
allen Teilen des Landes und auch der anderen Staaten
trafen Telegramme, Deputationen und Blumenpenden
ein.

Auch Graf Henning war von Ramberg gekom-
men, um dem Minister die letzte Ehre zu erweisen.
Und vor Jostas verweinten Augen und ihren schwarzen
Kleidern machten seine Sehnsucht und seine Wünsche
halt. In seinem Herzen wurde es wieder ruhiger
und stiller. Er dachte jetzt nur an ihren Schmerz
und vergaß sich selbst darüber.

So viel er konnte, stand er seinem Bruder bei
und half ihm, seine Pflichten zu erfüllen.
Am Morgen des Begräbnistages kam Graf Henning
von Palais Ramberg nach dem Jungfernschloßchen.
Als sein Wagen am Portal vorfuhr, sah er vor sich
eine schlichte Mietsdroshke halten. Er sprang aus
seinem Wagen und wollte in das Palais eintreten.
Zufällig streifte sein Blick über die Droshke hin. Und
da stutzte er plötzlich und blieb stehen. Als traue er
seinen Augen nicht, so sah er auf eine schlanke junge
Dame, die neben einer schwarz gekleideten Frau
in diesem Wagen saß! Das war doch Jostas Doppel-
gängerin!

Sie sah mit großen, erschrockenen Augen auf den
Lakai, der am Wagenschlag stand und ihr anscheinend
eine Meldung machte.

Graf Henning zögerte eine Weile. Dann wollte
er herantreten an den Wagen. Ihm war, als müsse er
nach dem Begehr der jungen Dame fragen. Es fiel
ihm nun auch auf, daß der Lakai die junge Dame
ziemlich verdutzt anstarrte. Scheinbar hatte auch er
ihre Ähnlichkeit mit Gräfin Josta bemerkt.

In dem Moment jedoch, als Graf Henning heran-
treten wollte, setzte sich der Wagen auch schon in Bewe-

„Und sie wußte nicht, was hier geschehen ist?“
„Nein, sie schien direkt vom Bahnhof gekommen
zu sein, denn diese Droshken halten nur am Bahnhof.“
„Und ist Ihnen an der Dame etwas aufgefallen?“

Der Lakai sah nach Gräfin Josta hinüber. Er
machte ein etwas verlegenes Gesicht.

„Sprechen Sie unumwunden,“ forderte ihn Graf
Henning auf.

Da antwortete er unsicher und zögernd:

„Als die Droshke vorfuhr, eilte ich an den Schlag-
um zu öffnen, weil — weil ich glaubte, Ihre Gnaden,
die Frau Gräfin, sei es selbst, die in dem Wagen saß.
Erst dann fiel mir ein, daß Ihre Gnaden doch hier
anwesend seien, und — die fremde Dame trug auch
keine Trauerkleidung. Aber sonst war sie Ihrer Gnaden,
der Frau Gräfin, sehr ähnlich. Erst als die fremde
Dame sprach, wußte ich genau, daß es eine andere Dame
war. Sie sprach das Deutsche, wie es Engländer oder
Amerikaner tun.“

Graf Rainer hatte aufmerksam zugehört, und auch
seine Gattin wurde nun aufmerksam.

Der Diener berichtete nun auf Befragen nochmals,
was er schon Graf Henning gesagt hatte, und wurde
dann entlassen.

„Du siehst, Rainer, nicht mir allein ist die Ähn-
lichkeit aufgefallen. Sie ist wirklich ganz außerordent-
lich groß.“

Da sich indes nun langsam das Trauergesolge im
Jungfernschloßchen einfand und draußen im Garten
bereits die Deputationen mit Fahnen und Blumen auf-
zogen, hatte man keine Zeit mehr, sich mit dieser Ange-
legenheit zu beschäftigen.

Eine Stunde später setzte sich der imposante Trauer-
zug in Bewegung. Die ganze Residenz hatte Trauer-
flaggen gehißt, und in den Straßen, die der Zug
berührte, drängten sich die Menschen.

Auch vom herzoglichen Schloß wehten Trauer-
flaggen, und der Herzog gab mit seinem Sohne seinem
verdienstvollen und hochgeschätzten Minister das letzte
Geleit.

(Fortsetzung folgt.)

... hat in Anwesenheit des Reichstanzlers und mit dessen Zustimmung gefaßt. 2. Die vom Reichsminister des Auswärtigen gegebene Darstellung über den Passenstillstand enthält nichts Neues. Es kann nur auf den Schriftwechsel des Generals Ludendorff mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann vom März 1919 verwiesen werden. 3. Der Minister des Auswärtigen greift die Kriegführung der Obersten Heeresleitung an und nennt Ludendorff in diesem Zusammenhang den größten Verderber. Es ist nicht ersichtlich, woher der Herr Reichsminister seine militärischen Kenntnisse schöpft. Das Mitte August erscheinende Buch des Generals Ludendorff wird über die Kriegführung der Obersten Heeresleitung Auskunft geben. 4. Im Kronrat vom 11. September 1917 haben der Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff pflichtmäßig ihre militärische Ansicht über das Vorgehen, was sie zum Schutze des deutschen wirtschaftlichen Lebens an der Westgrenze für erforderlich hielten. Dieses ist vom General Ludendorff in der im Auszug veröffentlichten Denkschrift nochmals niedergelegt worden. Die Entscheidung der Kaiserin hat der ehemalige Reichstanzler, Dr. W. Meißner, in seiner Erklärung vom 27. Juli veröffentlicht. Diese Entscheidung ist auch für die Oberste Heeresleitung bindend gewesen, nachdem sie ihrer Pflicht, die militärische Notwendigkeit klarzulegen, nachgekommen hat.

Franköfische Stimmen.

"Petit Journal" sagt: Die Deutschen seien im Besitz ihrer schmutzigen Wäsche zu waschen. Der Streit entstand, weil die Alldeutschen Erzberger unter dem Vorwand stürzen wollten. Das Blatt gibt folgende Einzelheiten: Die Unterredung habe zwischen dem Reichsaussenminister Gaspary und dem englischen Gesandten beim Vatikan, Graf Salis, stattgefunden. Der Kardinal habe herausgefunden, daß die englische Erklärung des englischen Gesandten der päpstlichen Friedensnote nur einen geringen Erfolg sichere. Er habe deshalb den englischen Diplomaten ersucht, der Note eine "morceau" in der Hand gehabt hätte, ihm dieses Dokument zu überlassen, damit er seinen Inhalt gegenwärtig wiedergeben könne. Salis habe darauf von dem Kardinal eine Schere genommen und im Kopf des Priebers von Vassour an den Gesandten geschneitten, damit das Dokument jeder diplomatischen Person verliere. Gaspary habe alsdann das aße "morceau" dem "Kuntius Paccelli" mitgeteilt. Es handelt sich also, sagt das "Journal", weiter um eine Anzahl Mißverständnisse, die vielleicht für die diplomatische Tätigkeit des Krieges interessant seien, aber Deutschland nicht berechtigen, von einem Friedensangebot zu sprechen.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 31. Juli 1919.

* **Aufbesserung der Fettration.** Wie schon aus Berlin mitgeteilt wird, wird am 1. August eine Aufbesserung der Fettration bis auf den normalen Satz von 100 Gramm pro Kopf der Bevölkerung wöchentlich in den Erzeugungsgeländen je nach der Möglichkeit der Erfassung von Milch und Butter eintreten. Außerdem wird auf den Kopf der Bevölkerung einschließlich der Selbstversorger eine Fettmenge von 50 Gramm, vorwiegend in Margarine, wöchentlich ausgegeben werden, die an die bisher nur an die Versorgungsberechtigten in Sonderzuteilung tritt. Da der Reichsausschuß für Milch und Fett mit Rücksicht auf die gesunkene Milch- und Rohstoffpreise so teuer einkaufen muß, daß die Ausgabe an die Margarinefabriken nicht mehr zu dem bisherigen Preise erfolgen kann, wird ab 1. August eine Steigerung des Margarinepreises unvermeidlich. Das Pfund wird die Verbraucher etwa 3,32 bis 3,36 Mark kosten. (mz.)

* Die für diese Woche wieder vorgesehene Verteilung von Fleisch findet am Samstag vor 8 Uhr ab statt. Gleichzeitig kann von den Verteilern auch wieder Salzfleisch bezogen werden. Die Verteilung erfolgt diesmal noch von der bisherigen Verteilung aus.

* Ein großer Trauerzug bewegte sich gestern nachmittag durch die Straßen nach dem hiesigen Friedhof, um die sterblichen Reste unseres Mitbürgers Herrn Johann Schierstein zu bestatten. Ein langjähriger, der ihm jahrzehntelang eine äußerst diätetische Lebensweise aufgezwungen, hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt. Er war ein ausdauernder Fleiß und Klugheit, wie der Geistliche immer kurzen Grabrede erwähnte, hatte sich der Verdienste nicht nur ein ansehnliches Vermögen, sondern auch eine gute Stellung unter der Einwohnerschaft erworben. Er war einer der markantesten Persönlichkeiten Schiersteins im Leben. Der Turnverein, der katholische Kirchenchor und der Gesangsverein Sängerkunst gaben ihrem Abschied das letzte Geleit. Der schöne Grabgesang des Kirchenchores und die bewegendsten Trauerweisen des Musikvereins verliehen der Trauerfeier einen erhebenden Charakter. R. i. P.

* Der katholische Kirchenchor erläßt in seiner heutigen Ausgabe eine Einladung zu seiner am Freitag stattfindenden Generalversammlung, auf die wir an dieser Stelle hinweisen.

* Die gestern von den Erben der Eheleute Gastwirt Jean Schierstein durch das Obergericht vorgenommene Grundversteigerung war von Interessenten wiederum gut besucht. Die abgegebenen Gebote zeigten jedoch, daß über den Grundstücke in kurzer Zeit eine nüchternere Auffassung geäußert hat, die dem realen Preis bedeutend

näher kommt, als es bei der ersten Versteigerung vor wenigen Wochen der Fall war. Bekanntlich wurde jene Versteigerung von einem Käufer als ungültig angefochten, so daß sie nochmals angelegt werden mußte. Während in der ersten Versteigerung ein Preis von 35000 Mark erzielt wurde, ergab das gestrige Angebot einen Erlös von 17520 Mark. Rechnet man hierzu 2 Acker, deren Zuschlag beim ersten Verkauf erfolgt ist, mit einem Erlös von 14550.—, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 32070.—. Die Versteigerer haben sich den Zuschlag bis zum 6. August vorbehalten. Die Kaufpreise sind sofort in bar zu leisten. — Das Hausgrundstück, Restaurant zum "Rassauer Hof", hat der Mieteigentümer und jetzige Inhaber Herr Willy Neumann zum Preise von 67000 erworben.

* **A. U. Die ungünstigen Verkehrs- und Futterverhältnisse** haben schon seit längerer Zeit dazu geführt, daß von der Uebergabe des Schlachtleibes auf dem Hofe des Viehhalters im Bunde bis zur Schlachtung in der Stadt ein ziemlich erheblicher Minderwert eintritt. Der Viehhalter kann naturgemäß hierfür nicht in Anspruch genommen werden und der Viehhändler, in der Hauptsache die kaufende Kommune bzw. der Fleischmeister, kann mit Rücksicht auf die bestehenden Höchstpreise für Fleisch usw. einzelne größere Verluste bei einem Schlachtleib häufig nicht wieder herausholen. Daraus hat sich von selbst ergeben, daß die mit Aufbringung und Uebergabe betrauten Viehhändlerverbände als Eigenhändler auftreten müssen, das heißt, sie kaufen die Tiere selbst vom Viehhalter und verkaufen sie dann wieder nach dem Transport auf Grund vereinbarter Bedingungen. Daß diese Wiederverkaufsbedingungen nicht leicht festzusetzen sind, kann man sich bei dem schwankenden Werte des Schlachtleibes wohl denken. Die Verhandlungen zwischen den Viehhaltern und den Viehhändlerverbänden sind deshalb stets in der beiderseitigen Absicht geführt worden, daß weder der Viehhändlerverband noch der Viehhändler Verluste oder Gewinne an den Viehhältern machen soll.

* **Gewerbeverein für Nassau.** Zu einer Aussprache hatte der Zentralvorstand die Vorstände der Lokalgewerbevereine und der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe am Montag nach Wiesbaden in das Landeshaus einberufen. Etwa 120 Herren — Handwerker, Gewerbetreibende und Lehrer — hatten der Einladung Folge geleistet. Herr Justizrat Bickel eröffnete und leitete die Versammlung. Der Vorsitzende wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß bindende Beschlüsse in dieser Tagung nicht gefaßt werden könnten, aber der Zentralvorstand habe das Bedürfnis gehabt, einmal mit den unteren Instanzen in engere Fühlung zu treten und diesen Gelegenheit zu bieten, ihre Wünsche vorzubringen. Das Handwerk müsse wieder aufgerichtet werden. Ueber das Wie, dazu solle die Tagung mit zur Lösung beitragen. Der Zentralvorstand sei bemüht, jede Parteipolitik aus dem Gewerbeverein fernzuhalten. Der Gewerbeverein frage nicht den einzelnen nach Parteistandpunkt oder Religion, sondern nur nach seinem Können und Wissen. Wir haben uns früher zu wenig um die Wirtschaftspolitik gekümmert, so klagt der Vorsitzende, dies war ein Fehler. Die Not drängt uns dazu, daß wir uns künftighin mehr mit allgemein wirtschaftlichen Fragen befassen, dazu gehören: Sozialisierung, Versicherungsfragen, kommunale Fragen, Genossenschaftswesen. Wir haben früher nicht unsere Schuldigkeit getan. Wir haben vieles nachzuholen. Es ist noch nicht zu spät. Ein gesunder, froher Optimismus muß den Handwerkerstand befeuern, dann wird es schon wieder besser werden. — Herr Gewerbeschulinspektor Kern verbelebte sich sodann über die Organisation des Handwerks. Redner stellte den Satz auf: Die Gewerbevereine müssen sich neu orientieren. Notwendig für das Handwerk ist der sachliche Zusammenschluß. Ein erfreulicher Anfang ist gemacht: 51 Zwangsgemeinschaften wurden neu gebildet, 20 sind in der Bildung begriffen. Das Genossenschaftswesen muß gefördert werden und ein engerer Zusammenschluß in Kreisverbänden herbeigeführt werden. Der größte Fehler der Gewerbevereine war, daß sie sich allzu einseitig mit der Schulfrage beschäftigten und die Hauptaufgaben darüber verabsäumten. Die Förderung der rein handwerklichen Fragen ist in den Vordergrund zu stellen. Der Genossenschaftsgeist ist zu fördern; eine Regelung der gemeindlichen Arbeitsvergebung ist herbeizuführen. Die Arbeitgeberinteressen gegenüber unberechtigten und unmöglichen Forderungen zu vertreten, muß Aufgabe unserer Vereine sein. Die Bildung von Arbeitgeberverbänden muß ernstlich in Betracht gezogen werden. Das Bildungswesen ist zu fördern durch Kurse für alle Handwerker. Den Vereinsvorständen steht ein großes Arbeitsfeld zur Verfügung. Helfend und beratend stehen den Lokalvereinen die Kreisverbände und der Zentralvorstand zur Seite. — Die Diskussion der Kreisverbände, Zentralvorstand und Handwerkskammer reiche Material zu weiterer Arbeitsfähigkeit. Stark geklagt wurde über die von Arbeitslosen und Arbeitern geübte Schmutzkonzurrenz gegenüber dem selbständigen Handwerk. Unbillige Arbeitszeit und billige Materiallieferung aus Fabriken und Arbeitsstelle ermöglichen eine Konkurrenz, der gegenüber der reelle Handwerksmeister unterliegen muß. — Abhilfe ist notwendig, ob sie kommt, hängt von der Stellungnahme der Arbeitnehmerverbände ab. Hoffen wir das Beste, denn Jedem das Seine. Hohe Löhne und ständige Arbeit hängen ab von der Beseitigung jeder Schmutzkonzurrenz. — Auch über die Tätigkeit der Kreisverbände berichtete Herr Inspektor Kern, 13 Kreisverbände sind neu gebildet worden. Auch selbständige Geschäftsführer sind eingerichtet und hauptsächlich lätige Geschäftsführer angestellt worden. Allerdings haben sich die Kreisverbände gut entwickelt. Die Kreisstellen müssen bestrebt sein, allerwärts den Charakter

öffentlicher Einrichtungen zu gewinnen, wie es in Wiesbaden und Frankfurt mit den Handwerksämtern schon der Fall ist. Die Aufbringung der Geldmittel werde keine Schwierigkeiten machen. — Zum Schluß gelang eine Entschliebung zur widerspruchsfreien Annahme, wonach die Kreisverbände eine Einrichtung seien, die gefördert bzw. weiter ausgebaut zu werden verdient und wonach es erwünscht sei, ihnen amtlichen Charakter zu verleihen! — Ueber die Rohstoffversorgung ergab sich sodann der Syndikus der Handwerkskammer, Herr Schroeder. Die Sache ist von Reichswegen organisiert. In Berlin hat sich eine Hauptstelle zur Versorgung des Handwerks gebildet, welche ihrer Aufgabe gerecht wird. Dreißig Wagenladungen sind bereits eingeliefert, ebenso viele noch unterwegs. Barzahlung ist bei Lieferung Bedingung. Die Rohstoffversorgung wird sich verbessern. Leider aber fehle es noch an Aufträgen, welche angesichts der hohen Preise zurückgehalten werden. Inspektor Kern spricht im weiteren Verlauf der Tagung über die Unterrichtszeit in den Fortbildungsschulen. In vier Schulen wird ein voller Vormittag, in 35 ein voller Nachmittag von dem Unterricht in Anspruch genommen. In je 11 Schulen findet diese von 3—7 Uhr bzw. von 4—8 Uhr, in 35 von 5 Uhr in dem Rest von 6 Uhr abends ab statt. In 50 Schulen hat der Zeichenunterricht auf einen Wochentag verlegt werden können. Der Gemeindevorstand hat gesetzlich die Unterrichtsstunden festzulegen, nicht der Lokalausschuß. Wenn Erfolge erzielt werden sollen, muß Wert darauf gelegt werden, daß Lehrer und Schüler, wenn sie zum Unterricht kommen, noch leistungsfähig sind. Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden hat der Zentralvorstand sich für die Ausdehnung der Schulpflicht auf die weibliche bzw. die ganze gewerbliche Jugend ausgesprochen. Den Schluß der Versammlung bildete die Vordrängung verschiedener Wünsche von nur örtlicher Bedeutung.

* **Zur Förderung der Kaninchenzucht.** Aus dem Kaninchenbericht man uns: Einen geradezu wünschenswerten Aufschwung hat in letzter Zeit die Kaninchenzucht auf dem Lande genommen. Kriegsnot und fleischlose Wochen haben die kleinen Fleischproduzenten zur Einsicht gebracht. Wo man kein Schweinchen mehr einlegen konnte, da hält man jetzt Kaninchen und bißt sich so über den Mangel an Fleisch hinweg. In Frankreich und Belgien stand die Kaninchenzucht auch vor dem Krieg bei arm und reich in Ansehen. Die eiserne Notwendigkeit veranlaßt nun auch die deutschen Kleinviethalter, die Aufzucht der Ställe mehr als bisher zu pflegen, um in den Zeiten kritischer Fleischnot besonders an Fleischfleisch einen willkommenen Ersatz zu haben.

* **Der Buttermangel.** Man schreibt uns: Infolge der Ausfuhrsperrung Hollands ist augenblicklich — vorzugsweise im besetzten Gebiet — ein Mangel an Butter eingetreten. Man glaubt aber in Gänzlertreuen damit rechnen zu können, daß die Kalamität in Kürze behoben sein wird und der inländische Markt neue Zufuhren erhält.

* **Der große Zuckermangel** macht sich jetzt in der Zeit, da die sorgende Hausfrau die Obstternte zum Einmachen benötigen will, hart fühlbar. Der Schleichhandel mit Zucker auf dem Lande aber blüht, und findige Köpfe mit weitem Gewissen machen die einträglichsten Schiebergeschäfte. Zu 5 und 6 Mk. das Pfund wird und wurde, so schreibt die "Mainzer Volksztg.", Zucker geradezu waggonweise angeboten. Um das unlautere Gebahren zu verdecken, ist plötzlich dieser Zucker "ausländischer" Zucker geworden.

Danksagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste, sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir unseren tiefgefühlten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Pfarrer de Laspée für seine tröstenden Worte am Grabe unseres geliebten Gatten und Vaters, sowie dem Musikverein und dem Arbeitergesangsverein "Sängerkunst" für ihre erhebenden Lieder, dem Turnverein, dem kath. Kirchenchor und allen denen, die dem Verstorbenen die letzte Ehre gaben.

In tiefer Trauer:

Frau Maria Haas und Kinder.

Schierstein, den 31. Juli 1919.

Kleine Chronik.

Textilwarenbeitrag. Der Angestellte der Hamburger Textilwaren-Aktien-Gesellschaft, Bobbin, verlor ge-
weissam mit einem Bahnassistenten und einem Ange-
stellten der Kaiserlichen Eisenbahn einen Koffer mit
Werte von einer Million Mark, für Berlin bestimmt,
nach Wandsbek. Der Beitrag wurde dort entdeckt. Alle
drei wurden verhaftet und sind gefangen.

In die Luft geflogen. Infolge der Explosion von
Atmen ist der größte Teil der Petersburger Putz-
werke der größten russischen Fabrik für
Geschosse, Lokomotiven usw., die in Kriegszeiten
über 100 000 Arbeiter beschäftigten, in die Luft ge-
schossen.

Unterschiede. Wie das „Mittagsblatt“ mel-
det, sollen umfangreiche Veruntreinungen, die sich nach
vorläufigen Schätzungen auf 200 000 Mark belaufen,
jetzt bei der ehemaligen Betriebsstoffabteilung der In-
spektion der Kraftfahrtruppen in Berlin festgestellt
worden sein. Als Täter konnte der Kassenverwalter
Hofmeister in Frage, der verhaftet worden sei.

Ein Goldschmied. Der deutsche Dampfer „Jo-
hann B. Jenz“, der mit einer Ladung Zement nach Hel-
singfors den Hamburger Hafen verlassen hatte, dann aber
wieder zurückkehren mußte, da auf ihm für 40 Millio-
nen Mark Geldgeld sich befinden sollten, ist im Ham-
burger Hafen entkocht worden. Man durchsuchte die
Ladung unter militärischer Aufsicht, hat aber kein Gold
gefunden. Das Schiff ist daraufhin freigegeben worden,
es wird seine Ladung wieder einnehmen und dann nach
Finnland fahren.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 29. Juli.

Zunächst stehen kleine Anfragen auf der
Tagesordnung, bei denen festgestellt wurde, daß Maß-
nahmen der Reichsregierung in Vorbereitung sind, um
die Aufbringung der im besetzten Ge-
biet beschlagnahmten Lebens- und Fut-
termittel und sonstigen Bedarfsartikel auf das
ganze Reich umzulegen.

Weiter ist ein Gesetz in Vorbereitung, das die
ausgewiesenen Elsaß-Lothringer für
ihre Verluste entschädigen soll. Personen, die in
abgetretenen Gebieten ihre Scholle ver-
lassen müssen, soll in erster Linie Siedlungsland zu-
gewiesen werden; jedoch warnt die Regierung davor,
daß Bandwirte sich dadurch verleiten lassen, ihren Besitz
aufzugeben.

Auf eine Anfrage über die Heraushebung
der Höchstpreise für Milch und Butter durch
den bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Westfalen
führt der Vertreter des Reichsernährungsministers, von
Eynern, aus: Die Preise, die die Landwirte bisher
für ein Liter Vollmilch erhielten, deckten schon lange
nicht mehr annähernd die Selbstkosten, so daß die Milch-
wirtschaft nur noch mit erheblichen Verlusten aufrecht-
erhalten werden konnte. Die Genehmigung zu einer
Erhöhung des Milchpreises innerhalb gewisser Grenzen
mußte deshalb zugelassen werden, um namentlich die
Versorgung der Großstädte für Kinder nicht in Frage
zu stellen. Auch in der jetzigen günstigen Jahreszeit sind
die Erzeugungskosten für Milch so hoch, daß sie auch
durch die erhöhten Preise kaum gedeckt werden. Hoff-
entlich läßt sich eine weitere Preiserhöhung im Herbst
vermeiden.

Darauf wird die politische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Henke (U. S.) sucht nachzuweisen, daß die
Entscheidungen Erzbergers nicht nur die Konservativen,
sondern auch die Mehrheitssozialisten belasten.

Abg. Dr. Kießer (D. W.): Vor dem Außen-
minister Müller habe ich wegen seines Wissens und sei-
ner Schlichtheit Achtung. Er ist ein Mann von Loyalität,
und das wird ihm in seinem Ansehen auch dem
Auslande gegenüber nützen. Wenn die Sozialdemokra-
ten den Staatsgerichtshof mit in die Debatte gezogen
haben, so ist das nicht nur aus dem Streben nach Wahr-
heit zu erklären, sondern auch aus der Absicht, einen
Nachschuß gegen bestimmte Personen zu führen. Wel-
cher als der Staatsgerichtshof ist der von uns bean-
tragte Aufklärungsausschuss. Der vom Reichsminister
Dr. David begründete Gesetzentwurf widerspricht der
Rechtsanschauung. Wir erklären uns auch gegen die Ver-
öffentlichung der Rede Erzbergers. Die Rede gleicht in
einer Zeit, wo alles darauf ankommt, auch im In-
nern Frieden zu schaffen aus neue Del ins Feuer. Im
weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Dr. Kießer, er
sei beauftragt von einem Mitglieder seiner Fraktion, das
er als durchaus zuverlässig kenne und das für die Rich-
tigkeit seiner Behauptungen in vollem Umfange ein-
trete, mitzuteilen: Auf Wunsch eines nahen Bekannten
des Herrn Erzberger habe Herr Erzberger ein kurzes
Kriegszielprogramm entworfen. Am 17. Juni 1917
besuchte der Gewerksmann Herr Erzberger, welcher ihm
erklärte, daß die Regierung auf dem Standpunkt steht,
daß wir die Erbsenden von Longwy und Briey haben
müssen. Man müsse die Öffentlichkeit im Sinne dieser
Forderung aufklären. Er gab Mittel, Wege und Mög-
lichkeiten an, die dafür in Betracht kommen, und teilte
mit, daß er in die Zeitung der christlichen Metallarbei-
ter einen Artikel darüber lancieren würde hauptsächlich,
so fügte der Gewerksmann hinzu, arbeiteten noch im
August 1917 verschiedene von Herrn Erzberger unter-
haltene Pressebüros in diesem Sinne. Ich brauche,
schloß Kießer, nach dem, was ich hier ausgeführt habe,
nicht mehr zu begründen, daß wir für ein Mißtrauens-
votum gegen die Regierung stimmen werden.

Preussischer Kriegsminister Reinhardt macht
mehrere Mitteilungen über den Zusammenbruch in Polen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Seitdem ich
das Reichsfinanzministerium übernommen habe, ist mir
jede Minute zu kostbar, um immer wieder vollständige
veraltete und längst widerlegte Angriffe und Stän-
ken von Leuten entgegennehmen zu müssen, die nichts
weiter zu tun haben. Sollte ich mit dem Dokument des
Grafen Czernin gleich in die Öffentlichkeit gehen sol-
len? Ich möchte wohl wissen, welcher Karm sich dann

gerade unter den Freunden des Herrn Kießer erhoben
hätte. Uebrigens hat Graf Czernin den Beweis gar
nicht einmal anzutreten versucht, daß der Bericht durch-
aus dem Feinde bekannt geworden sei. In der Aus-
schußsitzung vom 28. September hat der damalige Reichs-
kanzler erklärt, wir könnten uns besorgen, die Alliierten
würden von unserer Stellung in der belgischen
Frage Kenntnis erhalten. Zentrum, Sozialisten und
Volkspartei waren daher der Auffassung, sie brauch-
ten nicht auf eine solche Erklärung zu dringen. Da
Abg. Kießer sagte: Ich müßte wissen, daß in der deut-
schen Antwort vom 24. September keine Erklärung über
Belgien enthalten ist. Dieses Antwortschreiben ist mir
nicht bekannt geworden. Meine Rede im Hauptaus-
schuß war auf der Grundlage aufgebaut, daß eine rest-
lose Aussprache über Belgien mit den Alliierten erfol-
gen würde. Da sagte ich, wir stellen uns gern hinter
die Regierung und überlassen ihr die Führung in den
Einzelheiten. Dann erst reiste ich nach München und
erfuhr dort: Alles verloren! In der Unterredung zwi-
schen mir und einem Vertreter der Obersten Heereslei-
tung suchten wir nach einem Ausweg in der Angelegen-
heit Longwy-Briey. Es ist eine weithistorische Lage,
daß Deutschland der Heilige Urheber des Weltkrieges
ist. Wir können keine innere Gesundung in Deutschland
herbeiführen, ehe nicht der Beweis erbracht und offen
erbracht werde, wer und inwieweit jemand in Deutsch-
land schuldig ist. Der Staatsgerichtshof wird dazu die-
nen, daß das unerhörte Maß von Beleidigungen und
Beschränkungen, die während vier Jahren aus dem
Ausland auf uns niederschlugen, nicht mehr aufrecht-
erhalten werden kann. Er wird dazu beitragen, die
Achtung vor dem deutschen Namen wieder herzustellen,
nachdem objektiv festgestellt worden ist, was wahr und
was unwahr und nicht haltbar ist. Wir hätten weiter
geschwiegen und nur einen Teil des Materials veröf-
fentlicht, das mehr aber dem Staatsgerichtshof vorbe-
halten. Sie haben diesen wohlwollenden Plan der Re-
gierung durchkreuzt und ihr eine andere Falschung auf-
gezwungen. Wir haben den Kampf nicht aufgenommen,
sondern er wurde uns aufgezwungen und aufgedrängt.
Wenn Sie ihn aber haben wollen, so werden Sie ihn
und zwar mit aller Rücksichtslosigkeit haben.

Abg. Warmuth (D. W.) wendet sich gegen den
Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof, weil er uns
in der Schuldfrage gegenüber der Welt in eine falsche
Lage bringt. Juristisch sei der Entwurf ebenfalls un-
haltbar.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen wird in
die Abstimmung eingetreten.

Der Antrag, das Gesetz über den Staatsge-
richtshof dem Verfassungsausschuss zu überweisen,
wird angenommen mit dem Antrag Dr. Henke,
einen feindlichen Parlament angehörigen, aus namhaften
Historikern und publizistisch geschulten Juristen zusam-
mengelegten Ausschuss einzusetzen.

Das Haus beschließt nach einem Antrag Loebe
(Soz.), die Reden der Minister und das wei-
ter beigebrachte Material auf Kosten des Reichs im
deutschen Volk zu verbreiten mit der Erweiterung
nach einem Antrag Arnstadt (Dnat.) daß auch das
Schreiben des päpstlichen Nuntius nebst Anla-
gen und die bereits erfolgte Antwort des Reichskanz-
lers Michaelis in ungezügelter Form der Veröffentli-
chung beizufügen ist, und einen weiteren Zusatz Agnes
und Gen. (U. Soz.), auch die Stenogramme der Ver-
handlungen durch Veröffentlichung zu billigen Preis
dem ganzen Volk zugänglich zu machen.

Die namentliche Abstimmung über das
Mißtrauensvotum ergibt dessen Ableh-
nung mit 243 gegen 53 Stimmen. Ein Antrag Dr.
Cohn (U. Soz.) auf namentliche Abstimmung über das
Vertrauensvotum wird angenommen gegen
die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen
Volkspartei und der Unabhängigen. Die Demokraten
enthalten sich ihrer Stimmen.

Um 2½ Uhr wird die Weiterberatung auf nach-
mittags 5 Uhr vertagt.

(Nachmittagsitzung.)

Zunächst steht ein Antrag Agnes u. Gen. (U.
S.) auf der Tagesordnung, den kommandierenden Ge-
neral des 3. Armee-Korps (Münster) sofort anzuweisen,
die seit sechs Tagen im Hungerstreik befindlichen Schu-
pferhäftlinge unverzüglich aus der Haft zu entlassen.

Nach Begründung durch Abg. Fraß (U. S.) und
einer Erwiderung des Reichswehrministers Klose
wird der Antrag abgelehnt.

Hierauf wird in die dritte Beratung der
Verfassungsvorlage eingetreten.

Reichskommissar Dr. Preuß: Die Nationalver-
sammlung ist zustandgekommen, hat die Verfassung zu-
stande gebracht und ist im Begriffe sie zu verabschieden.
Gerade weil ich niemals Sozialist gewesen bin und ver-
mittle ich auch auf meine alten Tage es nicht mehr werde,
habe ich es für richtig anzuerkennen, mit welcher Mühe
und Selbsterbitterung die Sozialdemokraten die
Grundlagen der Demokratie nicht nur anerkannt, son-
dern auch zu Ehren gebracht und sich damit ein Ver-
dienst um Deutschland erworben hat. Das soll ihr in
der Gegenwart und Zukunft nicht vergessen werden.

Von den Parteien kam der Mehrheitssozialist
Hagenstein, der Demokrat Hausmann und
Spahn (Str.) noch zum Worte, aus deren Reden die
Verständnis heraus kam, daß durch dieses Verfas-
sungsverf. das Land zwischen Nord und Süd noch en-
ger geknüpft worden sei.

Die Beratung wurde dann auf Mittwoch vormit-
tags 10 Uhr vertagt.

Schluß 7.45 Uhr.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Die Ausgabe von Krankenbutter erfolgt Freitag,
den 1. August auf Zimmer 4 im Rathause gegen Vor-
zeigung kreisärztlicher Atteste.

Gleichzeitig werden auf Zimmer 1 Krankeneier
ausgegeben. 1 Ei kostet 50 Pfennig.

Betr. Verteilung von Lebensmitteln.

Auf Nr. 14 der Lebensmittelkarte gelangt im Laufe
dieser Woche pro Person 125 Gramm Reis pro Pfund
zu 2,20 Mark und 250 Gramm Weizenmehl pro
Pfund zu 1,45 Mark in den hiesigen Lebensmittel-
geschäften zur Ausgabe.

Die Karten sind bis Freitag, den 1. August, vormit-
tags 9 Uhr auf Zimmer 11 im Rathause abzugeben.

Bekanntmachung.

Der Fleischverkauf findet diese Woche am Samstag, 2.
August vormit. 8 Uhr ab nochmals in der feierlichen
in den hiesigen Metzgereien statt.

Diejenigen Fleischverbraucherberechtigten, die sich
jetzt noch nicht zur Eintragung in die Kundenlisten gemeldet
haben, auch wenn sie bei ihrem alten Lieferanten verbleiben
werden nochmals aufgefordert, dieses bis spätestens Montag,
den 4. August 1919 nachzubolen, andernfalls sie von dem
Fleischbezug ausgeschlossen werden müssen.

Katholischer Kirchenchor.

Einladung zur Generalversammlung.

Alle unsere aktiven, inaktiven Mitglieder werden hiermit
auf Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr, in unser
Bereinslokal Gasthaus zum „Ratsstübchen“ zur General-
versammlung freundlichst eingeladen.

Tagesordnung.

Bericht des Vorstandes.

„Kassierers.“

Satzungsänderung des Vereinsstatutes sowie die
Unterstützungstatutes.

Verchiedenes.

Der Wichtigkeit wegen wird zahlreiches Erscheinen ge-
wünscht.

Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr Schierstein.

1. Zug

Sonntag, 3. August, morgens 8 Uhr

findet im Schulhof eine

Übung

in Zivil statt, wozu sämtliche Mannschaften hiermit ein-
geladen werden.

Das Kommando.

Gesangverein Eintracht

gegründet 1877.

Am Sonntag, den 3. August 1919, abends 8 Uhr,
findet im Restaurant zur „Reinhold“ (oberes Sälchen) eine

Familienfeier

statt zwecks Ehrung von 9 Mitgliedern, die 25 Jahre ab-
länger dem Verein angehören.

Zu dieser Veranstaltung laden wir unsere wert-
vollen Ehren-, aktiven und inaktiven Mitglieder nebst Angehörigen
sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlichst ein.

Der Vorstand.

Schlafzimmer

elchen u. nußbaum lackiert,
preiswert zu verkaufen.

Karl Fischer,

Schreinermeister,

Wiesbaden,

15 Helenenstr. 15.

Hohe Belohnung

wird demjenigen zugesichert,
der mir genaue Auskunft über
den Verbleib meines im
Laufe der vorigen Woche
(21. 1. bis 26. 1.) abhanden
gekommenen Rades geben
kann. Es ist ein geschmittener,
schwarzer Rader mit weißen
Pfeilen, weißer Brust und
weißer Nase und soll angeblich
vom Reichsbüro Wies-
baden nach Schierstein ge-
geben worden sein.

Werner, Wiesbaden,

Kellerstr. 5. Tel. 3395

20000/2 Rheinw.-

Bord.-Fl. 10000/2 Schlfl.

4000 Schnapsliterflaschen

40000 neue Weinstorken

10000 umgearb. Weinf.

Bierstüpfen, eine Part.

Setto- u. kleinere Fässer

zu verkaufen.

Wider, Wiesbaden,

Welltriftstraße 21.

Telephon 3930.

Einzelnes

Zimmer

zu vermieten. Näheres in der
Geschäftsstelle.



Kurz die Arbeit,
Lang die Ruh,
Putzt mit Erdal
Du die Schuh!

Erdal

schwarz - gelb - braun

Alleinhersteller:

Werner & Mertz, Mainz.

Zu verkaufen:

1 fast neue Konzertflöte,
1 Paar neue Gummischuhe
(Gr. 45), 1 gut erhaltener
Überzieher. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

1 Piano

sofort zu kaufen gesucht
gegen bar. Offerte an der
Verlag unter 5038 an die
Geschäftsstelle.